

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Am 31. März organisierten wir eine musikalische Mahnwache «Freiheit für Maxim Butkewitsch» vor dem Bundeshaus in Bern. Gleichzeitig übergaben wir einen Offenen Brief an Bundesrat Ignazio Cassis, den Vorsteher des Eidgenössischen Aussendepartements.*

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

KRIEG IN DER UKRAINE

Dreizehn Jahre Lagerhaft

Schockiert haben wir zur Kenntnis genommen, dass unser Freund, der ukrainische Menschenrechtsaktivist und Journalist Maxim Butkewitsch¹, von einem Gericht im besetzten Luhansk in der Ostukraine zu 13 Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt wurde.

Nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine hatte sich Maxim Butkewitsch freiwillig zur Armee gemeldet. Seit dem 24. Juni 2022 befindet er sich in russischer Kriegsgefangenschaft in der Gegend von Luhansk. Am 10. März 2023 gab das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation bekannt, dass Maxim Butkewitsch vom Obersten Gericht der sogenannten Luhansker Volksrepublik zu 13 Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt wurde.² In den russischen Medien ist Maxim vor dem Untersuchungsrichter zu sehen; auch ein Video wurde veröffentlicht. Er ist stark abgemagert und sieht erschöpft aus. Wir müssen davon ausgehen, dass er gefoltert wurde, damit er in diesem Video ein vorfabriziertes «Geständnis» ablegt.

Das Gericht befand Maxim der Gewaltanwendung gegenüber der Zivilbevölkerung, der Anwendung von in einem bewaffneten Konflikt verbotenen Methoden, des versuchten Mordes sowie der vorsätzlichen Beschädigung

fremden Eigentums für schuldig. Er soll am 4. Juni 2022 den Eingang eines Wohngebäudes in Sjewjerodonezk in der Region Luhansk mit einem Granatwerfer beschossen haben.

In diesem eindeutig konstruierten Fall gibt es keinerlei Beweise, abgesehen von dem inszenierten und gefilmten «Geständnis» des Gefangenen. Darüber hinaus wurde die Einheit Berlingo, der Maxim angehört, zu keinem Zeitpunkt im Gebiet von Sjewjerodonezk eingesetzt und war an den dortigen Kampfhandlungen nicht beteiligt. Es gibt zahlreiche Beweise dafür, dass Maxim während der ihm angelasteten Straftaten in der Umgebung von Kyiv und nicht im Gebiet von Luhansk war.

Vor diesem Urteilsspruch wurden keinerlei Informationen über die Anschuldigungen gegen den Kriegsgefangenen veröffentlicht, wodurch weder ein Anwalt beauftragt werden konnte noch ein faires Verfahren möglich war. Da die Russische Föderation unabhängigen Beobachter:innen den Zugang zu den

Gefangenenlagern in den besetzten Gebieten verwehrt, war eine Kontrolle von Maxims Haftbedingungen oder objektive Angaben zu seiner Behandlung durch internationale Organisationen nicht möglich. All dies zeugt von der bewussten Konstruktion des Falles durch Russland mit der Absicht, den ukrainischen Armeemitgliedern den Ruf von Kriegsverbrechern anzuhängen.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Maxim Butkewitsch – zusammen mit seinen Eltern und einer breiten internationalen Öffentlichkeit.³ Trotz seiner unrechtmässigen, schockierenden Verurteilung verlieren wir nicht die Hoffnung, dass Maxim im Rahmen eines Gefangenen austausches in absehbarer Zeit frei kommen könnte.

* Der Brief ist zu finden unter: www.forumcivique.org

1. Siehe Archipel Nr. 317, September 2022: Freiheit für Maxim Butkewitsch
2. Mit ihm wurden zwei weitere ukrainische Gefangene – Viktor Pokhozey und Vladyslav Shel – zu 8,5 bzw. 18,5 Jahren verurteilt.
3. Eine Petition kann heruntergeladen und unterzeichnet werden unter: www.forumcivique.org. Verantwortlich für die Kampagne: Sasha Feinberg, nazarova@noborders.org.ua, +380972386386 signal



Ein Projekt mit Kindern

Butscha, Mariupol, Kherson, Severodonetsk, Bachmut und auch Kramatorsk. Unbekannte Städte noch vor einem Jahr, jetzt – durch den Krieg – wissen wir, wo sie liegen. Die Ausstellung «Vidkritki» zeigt uns aber ein anderes Bild von Kramatorsk. Erinnerung von Kindern an ihre Lieblingsorte, wie sie vor dem Krieg aussahen: voll mit Licht und liebevollen Erinnerungen.

Nastya, Ania und Genia*, drei junge Künstler:innen aus dem Donbas, arbeiten mit Kindern in Kramatorsk, einer Stadt nur 50 km von Bachmut entfernt. Die Ausstellung der Kunstwerke, die wir im März in Greifswald in Nordostdeutschland organisiert haben, gibt uns auch einen Einblick, wie die drei jungen Menschen heute das Leben sehen und wie es abseits von uns bekannten Nachrichtenbildern weitergeht. Der Krieg bleibt in ihren Darstellungen konsequent im Hintergrund. Eine Collage mit Alltagsfotos und von den Kindern gemalten Bildern zeigt uns die Vielfalt ihrer Stadt: Industrieanlagen neben Wohnquartieren, ein ehemaliges Pionierhaus mit sowjetischem Mosaik, das heute ein Kulturhaus mit ukrainischer Flagge ist, oder eine Eisdielen, einen Taubenschlag Marke Eigenbau in einem Hinterhof sowie Parkanlagen.

Die drei Künstler:innen lebten bis 2014 in Luhansk. Durch die prorussischen Separatisten und den beginnenden Krieg verloren sie schon damals ihre Heimat. Mit dem russischen Angriffskrieg 2022 verloren sie in Severodonjetsk ein zweites Mal ihren Wohnort und leben nun in der Region von Lwiw und in Transkarpatien. Mit ihren persönlichen Erfahrungen vom Verlust ihrer Lieblingsplätze führen sie uns durch die Ausstellung. Sie zeigen uns, wie die Kinder die Bilder gemalt haben und wie sie ihre Stadt wahrnehmen. Nachts in einer unbeleuchteten Strasse erscheint ein Mensch mit Taschenlampe wie ein Glühwürmchen und ein Laden leuchtet wie ein Stern in der Dunkelheit. Die Kinder sind Kunstschaffende und nicht mehr Kriegsoffer. Sie zeigen uns, wie sie angeln, Schlittschuh laufen, den Sommer im Gartenhaus erleben oder wo sich die am besten duftenden Rosen in der Stadt finden. Kerzenlicht und Notstrom-Generatoren bleiben im Hintergrund. Einige Kinder erzählen, was sie gemalt haben. In diesen Audioaufnahmen sind fröhliche Kinderstimmen zu hören, die stolz auf ihre Bil-

der sind. Die Ausstellung öffnet zudem einen interaktiven Raum für Postcrossing. Postkarten, wie sie die ukrainischen Kinder gemalt haben, können von den Besucher:innen entworfen und nach Kramatorsk geschickt werden. Das Projekt wird in den nächsten Monaten auch in verschiedenen Schulen von Greifswald präsentiert.

Nastya, Ania und Genia erzählen

«Unsere Zugreise nach Kramatorsk dauerte zwei Tage und wir mussten zweimal umsteigen. Weil es keinen passenden Anschluss gab, verbrachten wir eine Nacht in Kiew. (...) Bei unserer Ankunft in Kramatorsk spüren wir den Schrecken, ausgelöst vom Raketenbeschuss ein paar Stunden zuvor. Die Sirenen des Luftschutzes begleiten uns durch den Abend und wir machen uns Sorgen, ob überhaupt jemand mit uns etwas tun würde. Aber niemand kümmert sich um diese Hintergrundmusik. In der Stadt sind Soldaten zu Fuss und in Autos unterwegs. Auch die Läden und Cafés, die noch geöffnet sind, scheinen in erster Linie für die Armee da zu sein. (...) In einem von hohen Wänden geschützten Innenhof sehen wir, wie warme Mahlzeiten an die notleidende Bevölkerung verteilt werden. (...)»

In dem kleinen Kulturzentrum ‚Tato Hub‘ führen wir schlussendlich unseren Workshop durch. Es ist der letzte Ort in Kramatorsk, an dem Offline-Aktivitäten für Kinder angeboten werden. Die Schulen sind längst im Onlinemodus. (...) Sascha, der Leiter des ‚Tato Hubs‘ nennt die aktuelle Arbeit einen Balanceakt zwischen der dringend nötigen kulturellen Freizeitgestaltung der Menschen und der Sorge um deren physische Integrität. Eigentlich sind im Donbas jegliche Menschenansammlungen verboten.

Wir haben mit 15 Kindern zwischen 5 und 18 Jahren gearbeitet. Manche von ihnen kommen jedes Wochenende ins ‚Tato Hub‘, manche kamen das erste Mal extra für unseren Workshop.



Zwei der Kinder litten unter Zerebralparese und wurden von den Müttern begleitet, die sich stark einsetzten. Wir haben den Kindern vorgeschlagen, Postkarten über ihre Lieblingsorte in der Stadt herzustellen. Zusätzlich zu den Bildern baten wir sie, eine Geschichte zu diesen Orten zu erzählen oder zu schreiben. Die beiden Tage der Kreation waren sehr bereichernd. Die Kinder waren sehr offen und wir hatten es lustig miteinander, aber es gab auch herausfordernde Momente. Ein Mädchen erzählte eine interessante Geschichte über ihre Freundinnen, als sie plötzlich zu weinen begann. Vielleicht wurde ihr in dem Augenblick bewusst, dass sie ihre Freundinnen nie wieder sehen würde. Das Mädchen fasste sich schnell wieder und erzählte andere, weniger traumatische Geschichten. In Zukunft wollen wir besser auf den Fall vorbereitet sein, wenn sich ein Kind an ein sehr trauriges Erlebnis erinnert. (...) Wir wären sehr froh, wenn uns ein:e Kinderpsychologe/in bei zukünftigen Einsätzen unterstützen könnte. (...)

Was wir zurzeit machen: Wir scannen die Zeichnungen, schreiben die Erzählungen der Kinder auf und übersetzen sie ins Ukrainische und Englische. Wir bereiten die Zeichnungen zum Druck auf die Postkarten vor. Die erste Serie wurde für die Ausstellung in Greifswald gedruckt. Nach unserer Rückkehr aus Greifswald und mit den gedruckten Postkarten fuhren wir so schnell wie möglich zurück zu unseren jungen Freundinnen und Freunden in Kramatorsk. Wir haben ihnen die Postkarten mitgebracht und sie an ihre Bekannten und Verwandten geschickt. Jetzt haben wir einige Pläne für die nahe Zukunft: Wir müssen eine:n Psychologin/en finden, die/der uns bei der Arbeit mit traumatisierten Kindern unterstützt. Wir wollen auch mit einheimischen und geflüchteten Kindern in Nischnje Selischtsche und in Lwiw arbeiten, wo viele Kinder aus Kramatorsk in einer Flüchtlingsunterkunft leben. Ausserdem wollen wir einen Audiorecorder kaufen und eine ‚kreative Reisetasche‘ mit Malutensilien zusammenstellen.»

«Vidkritki» ist ein utopisches Projekt zur Erinnerung an Lieblingsplätze der Kindheit – ohne Gewalt, Hass und Furcht. Es ist Teil eines Prozesses der Suche nach einer verlorenen Identität. Und es geht auch darum, einen historischen Moment zu bewahren und zu reflektieren.

Polar Bear und Remo Wyss

* Nastya Malkina: Künstlerin und Illustratorin; Aktivistin und Binnenvertriebene aus Luhansk; Organisatorin mehrerer Sozial- und Kunstprojekte mit Kindern und Jugendlichen in den Städten im Donbas; Mitglied der Künstler:innen- und Vertriebenenvereinigung «Lugansk Contemporari Diaspora».

Ania Naumkina: Schriftstellerin aus Luhansk; Teilnehmerin an Schreibwettbewerben, Künstlerresidenzen und Lesungen; arbeitet zum Thema Donbas und Krieg in der Ukraine; beteiligt sich an kreativen und sozialen Projekten zur Unterstützung von Kindern.

Genia Korolew: Künstlerin aus Luhansk; Organisator und Teilnehmer zahlreicher kultureller Projekte, die sich mit dem Krieg in der Ukraine, seinen Vorläufern und Folgen befassen; Mitglied der Künstler:innen- und Vertriebenenvereinigung «Lugansk Contemporari Diaspora».

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Schiffbruch der Menschenrechte

Die neue rechtsextreme Regierung Italiens hat das Jahr 2023 mit ihrem ersten Gesetz eingeläutet. Ein Gesetz, das nicht im Geringsten eine Antwort auf eine Notlage des Landes ist, sondern lediglich dazu dient, den Wählerinnen und Wählern zu versichern, dass die im Wahlkampf propagierte Politik der Abschottung und des Hasses gegenüber geflüchteten Menschen konkret umgesetzt wird.

Das Gesetz zielt erwartungsgemäss auf Rettungs-NGOs ab, denn laut Frau Meloni und ihrem Umfeld ist systematische Seenotrettung «schlecht». Denn diese ist ja der Sog, der die Verzweifelten dazu bringt, sich unter lebensgefährlichen Bedingungen auf den Weg zu machen, anstatt sich in komfortablen Flüchtlingslagern oder besser noch in ihren friedlichen Heimatländern ruhig zu verhalten. Die Leichen der Schiffbrüchigen, die am Strand von Cutro in Kalabrien liegen, sind keine Kollateralschäden, sondern das Resultat einer heimtückischen Politik, bei der die Logik der «Verteidigung gegen die Invasion» über die der Hilfeleistung gestellt wird.

Wir wissen nicht, welche Pläne und Erwartungen die Kinder, Frauen und Männer hatten, welche am 26. Februar dieses Jahres etwa 100 Meter vor der italienischen Küste in Kalabrien starben, aber wir wissen sehr wohl, woher sie kamen und wovor sie flohen. Die Toten und Überlebenden des Schiffsunglücks kamen aus Afghanistan, Iran, Pakistan und Somalia. Aus Ländern, die von Gewalt, Konflikten und autoritären Regimen heimgesucht werden. Es waren und sind Geflüchtete, die ein Recht auf Asyl hatten, wie es in der Genfer Konvention von 1951, im europäischen Recht und auch in der italienischen Verfassung verankert ist. Was soll also die Aussage von der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni, die am Tag nach dem Schiffbruch erklärte, sie wolle «die Ausreise (aus diesen Ländern, Anm. d. Red.) verhindern, um ähnliche Tragödien zu vermeiden»? Innenminister Piantedosi, Salvini¹ Mitstreiter bei der Verabschiedung des Dekrets über die Schliessung der italienischen Häfen im Jahr 2019, setzte hinzu: «Sie hätten nicht weggehen sollen, das war unverantwortlich». Als ob diese Tragödie die Schuld unwürdiger Eltern wäre, die in frevelhafter Weise ihre Kinder auf ein illegales und unsicheres Floss mitgenommen hätten.

Das gesunkene Boot kam aus der Türkei, aus diesem «Verschiebebahnhof», dieser riesigen Falle, in der Millionen von Menschen mit dem Segen Europas festsitzen, weil sie nicht in ihr eigenes Land zurückkehren können, aber auch nicht hoffen können, sich hier ein neues Leben aufzubauen. Von der Türkei aus müssen sie also weiterziehen: entweder über die Balkanroute oder über das Meer. Wenn sie sich für eine dieser Reisen entscheiden, obwohl sie die Gefahren genau kennen, dann haben sie nichts mehr zu verlieren. Lassen wir also die billige Rhetorik und Demagogie bezüglich der Verhinderung von Ausreisen.

Man wird niemals die Ausreise von Menschen verhindern können, die eingesperrt, gefoltert und ihrer Grundfreiheiten beraubt wurden, und auch nicht von all denjenigen, die Gefahr laufen, «nur» zu verhungern. Vor allem sollte das kein Ziel sein! Es ist eine verkehrte Welt, in der Opfer zu Täter·inne·n gemacht werden. Schuldig, weil sie nicht sterben wollen – in ihrem Land oder an den Aussengrenzen Europas. Schuldig sind die Geflüchteten, schuldig die NGOs, schuldig all jene, die wie der ehemalige Bürgermeister von Riace, Mimmo Lucano, versucht haben, neue Wege der Solidarität zu öffnen.

Der Text des neuen italienischen Gesetzes, das die Seenotrettung regeln soll, ist eine konzeptuelle Leere, hinter der sich eine unverhohlene Drohung gegenüber den NGOs verbirgt: Es ist eine Beleidigung der Intelligenz und der Ethik, aber auch ein getreues Abbild der aktuellen politischen Landschaft Italiens.

Italien in der Festung Europa

Es stimmt, dass die Linke zu ihrer Zeit auch nicht besser war, ganz im Gegenteil, aber heute hat Italien mit Meloni und Salvini an den Schalthebeln der Macht einen historischen Tiefpunkt erreicht. Der Schiffbruch von Cutro in Kalabrien ist passiert, weil die Rettungskräfte nicht eingegriffen haben. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex hatte das Schiff jedoch zuvor als in Seenot geraten gemeldet. Es gibt also Verantwortliche für diese Tragödie. Aber der Ministerrat hat festgestellt, dass alles nach den Regeln geschehen sei und die Regierung keine politische und materielle Verantwortung übernehmen müsse. Die einzigen Schuldigen seien die skrupellosen Schlepper und Menschenhändler, gegen die härtere Strafen verhängt werden müssten. Doch wir wissen: Die Regierung hätte diese Tragödie verhindern können – mit einer Strategie, die darauf abzielt, Leben zu retten statt Grenzen. Diese Tatsache streitet sie jedoch ab und gibt sich als Unschuldslamm. Und in dieser Stimmung

schlägt Matteo Salvini die Aktualisierung seiner «Sicherheitsdekrete» vor, um mit der irregulären Migration abzurechnen, während Meloni sich auf die «Notwendigkeit» konzentriert, die Ausreise noch weiter im Vorfeld zu stoppen, und zwar in strikter Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Ländern, insbesondere Tunesien und Ägypten. Wenn man an die schon bestehenden Abkommen mit Libyen denkt, läuft einem ein kalter Schauer über den Rücken.

Die italienische Situation ist politisch sicherlich düster, aber sie ist der Spiegel eines europäischen Kontextes, in dem der letzte Schleier der Scham endgültig gefallen ist. Man spricht nicht mehr von Schutzprogrammen für Geflüchtete. Humanitärer Schutz existiert nicht mehr, Projekte zur Verbesserung des Aufnahmesystems haben in den Debatten keinen Platz mehr. Die einzigen Themen, die offenbar interessieren und die in der EU Platz finden, sind die Externalisierung, die Verstärkung der Grenzen und der Einsatz von Hightech zu diesem Zweck – bis hin zur Idee, echte und permanente Mauern



zu bauen, die teilweise schon Realität sind. Genau das Gegenteil von dem, was getan werden sollte, denn, wie Gianfranco Schiavone vom CSI (Consorzio di Solidarietà Italiana)² sagt, «würde sich niemand jemals an einen Menschenhändler wenden, wenn er an einer europäischen Grenze um Schutz bitten könnte».

Heute kann Giorgia Meloni auf eine grundlegende Komplizität mit der EU zählen. Ursula von der Leyen, die Präsidentin der EU-Kommission, freundet sich zunehmend mit den Positionen der italienischen Rechtsextremistenführerin an. Wie viele unschuldige Leben wird diese Politik der Ausgrenzung noch kosten?

Barbara Vecchio

1) Matteo Salvini von der rechtsextremen Lega war von Juni 2018 bis September 2019 Innenminister. Seit Oktober 2022 ist er Minister für nachhaltige Infrastruktur und Mobilität sowie stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett Meloni.

2) Italienisches Konsortium für Solidarität: Hilfswerk u.a. für Geflüchtete

Gegen Gewalt

«Gewalt gegen Frauen kommt in allen Ländern vor. Die Fakten sind schockierend – jede dritte Frau in der EU sowie weltweit hat schon einmal körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren. Jedes fünfte Mädchen ist heutzutage Opfer von sexuellem Missbrauch. Auch die Gewalt im Internet nimmt zu: Jede zweite junge Frau hat bereits geschlechtsspezifische Cybergewalt erlebt.»

Das sind die Worte von Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission, kurz vor dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November 2022. Und weiter: «Die EU verurteilt jede Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Es ist inakzeptabel, dass Frauen und Mädchen im 21. Jahrhundert immer noch misshandelt, belästigt, vergewaltigt, verstümmelt oder zwangsverheiratet werden.» Ja, das stimmt alles, doch ob wirklich effizient dagegen vorgegangen wird, insbesondere bei der Ursachenbekämpfung, ist fraglich. Eine der Früchte der MeToo-Bewegung ist jedoch sicherlich, dass in Europa auf juristischer Ebene Verbesserungen stattgefunden haben.

Spaniens neues Sexualstrafrecht z.B. hat im Oktober 2022 das sogenannte «Nur Ja heisst Ja»-Gesetz verabschiedet. Die linke Ministerin für Gleichstellung, Irene Montero, ging davon aus, dass dieses neue Gesetz das Ende der Vergewaltigungskultur in Spanien sein würde. Doch – obwohl sie in einigen Punkten restriktiver als die Vorherige ist – führte die neue Gesetzeslage dazu, dass Anfang dieses Jahres ein 39-jähriger Sexualverbrecher, der 17 Frauen vergewaltigt hatte, vorzeitig aus der Haft entlassen wurde. Seine Strafe wurde von 15 auf 9 Jahre gesenkt. In den Medien und auf der Strasse wurde heftig gegen dieses mildernde Urteil protestiert; Montero gab den «Macho-Richtern» die Schuld. Auch in der Schweiz gab es heftige Debatten um die neue Sexualstrafrechtsreform, das nach 30 (!) Jahren reformiert wird und noch auf die Zustimmung des Nationalrates im Juni wartet. Die aktuelle Version der Reform ist sicherlich ein Sieg der Menschen, die sich unermüdlich für die Rechte der Frauen einsetzen. So hat auch der wiederaufgenommene Frauenstreik¹ zu dieser Reformierung beigetragen. Ein wesentlicher Streitpunkt bei der Ausarbeitung des neuen Sexualstrafrechts war – auch hier – die entscheidende Frage: Geht es um «Nein heisst Nein», oder, – und da liegt ein wesentlicher Unterschied – um «Nur Ja heisst Ja». Denn, wie wir inzwischen wissen, kann ein klares «Nein» in vielen Fällen nicht ausgesprochen werden. Denken wir nur an Vergewaltigungen innerhalb der Familie und dem engen Freundeskreis. Oder bei Erstarrung, dem sogenannten «Freezing» des Opfers.

Im März 2022 hat die Europäische Kommission neue EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen – auch im

Internet – vorgeschlagen. Ausserdem gab sie den Weg frei für die gemeinsame EU-Notrufnummer (116 016) für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind. Sie sollen ab April 2023 diese Nummer überall in der EU anrufen können, um Rat und Unterstützung zu erhalten. 15 Mitgliedstaaten haben bereits erklärt, ihre Hotlines für Opfer von Gewalt gegen Frauen an die Nummer zu koppeln. Bis Ende April 2023 haben die Mitgliedstaaten Zeit, die gemeinsame EU-Nummer zu reservieren, um ihre nationalen Hotlines auf sie umzustellen. Doch, was heisst es eigentlich «ihre nationalen Hotlines auf die europäische umzustellen»? In vielen europäischen Ländern funktionieren bereits solche «nationalen» Notrufnummern, sind aber zumeist völlig überlastet. Es müssten viel mehr dafür ausgebildete Menschen die Anrufe entgegennehmen und der Situation entsprechend reagieren können. Eine Europäische Hotline wäre demnach, meiner Ansicht nach, nur als zusätzliche Möglichkeit sinnvoll. Hier stellt sich jedoch die Frage, wie Druck aufgebaut werden kann, um das zu erreichen. Und wie können wir den von sexueller Gewalt Betroffenen in Nicht-EU-Ländern helfen, wo können sie Schutz anfordern? Denken wir an die Frauen in Afghanistan, im Iran, Irak, in Saudi Arabien, der Türkei?

Frauen in und aus Konfliktgebieten

Unzählige Frauen (aber auch junge Männer und Kinder) werden auf der Flucht vergewaltigt. Oft werden ihre Körper als Zahlungsmittel gehandelt. Im Krieg wird, wie wir wissen, Vergewaltigung als Waffe eingesetzt – gegen Frauen, Kinder und auch Männer. Am Beispiel des Ukrainekrieges wird dies, wieder einmal, sehr deutlich. Hier haben sich im Land selber seit Beginn des Krieges bereits 156 Opfer von sexuellen Gewalttaten auf ein Strafverfahren eingelassen. Die Dunkelziffer der Opfer ist aber wesentlich höher, da nur ein geringer Teil der Betroffenen den Mut hat, sich zu outen, denn zumeist überwiegt die Scham. Und diese Scham und der posttraumatische Stress ist kaum allein zu bewältigen und kann ein Leben lang schlimme Folgen haben.

Frauen, die vor dem russischen Angriff geflohen sind, werden aber auch in unseren friedlichen Ländern Opfer sexueller Misshandlung. Seit dem Angriff Russlands sind hunderttausende Ukrainerinnen Opfer von Menschenhändler-inne-n geworden. Nach Angabe der Flüchtlingsbehörde der Vereinten

Nationen UNHCR waren im letzten Jahr etwa 18 Millionen Ukrainer-innen auf der Flucht im Ausland. Die meisten von ihnen Frauen und Kinder, da Männer im wehrfähigen Alter nicht ausreisen dürfen. Ab Beginn des Krieges nahm in den Empfangsländern die Nachfrage nach Pornografie und sexuellen Dienstleistungen mit Ukrainerinnen rasant zu. Onlinesuchen nach Sex und Missbrauchs-darstellungen mit Ukrainerinnen stiegen laut OSZE um bis zu 600 Prozent an!

Schweden, das darüber Daten erhob, fand, dass in den ersten Kriegsmonaten 30 von 38 Männern online speziell nach ukrainischen Frauen suchten. Frauen werden im Netz geködert, in privaten Unterkünften missbraucht oder an der Grenze von Menschenhändler-inne-n abgefangen. Sie werden Opfer von sexueller Ausbeutung und Arbeitsausbeutung. Am meisten betroffen sind die Schwächsten und Bedürftigsten, z.B. schwangere Frauen. Oft ist die organisierte Kriminalität im Spiel. Menschenhandel, Frauenhandel – ein lukratives Geschäft, das weitgehend straf-frei bleibt. Geflüchtete Frauen und Kinder haben kaum soziale Kontakte im Zielland und meist wenig Geld. Dazu sprechen sie die Sprache nicht und sind oft traumatisiert – eine toxische Ausgangslage. Ausserdem erleichtert die Technologie den Menschenhändler-inne-n das Geschäft. Viele Opfer werden im Netz geködert. In Facebook-Gruppen und Telegram-Chats, in denen sich Menschen auf der Flucht austauschen, finden sie dubiose Jobangebote. Generell würden besonders Frauen von Menschenhändlern geködert, sagen UN und OSZE. Auch wenn von der OSZE, von der Europäischen Kommission und anderen grossen europäischen Institutionen in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen ergriffen und Verordnungen erlassen wurden, werden nach wie vor weniger als ein Prozent der Opfer von Menschenhandel überhaupt identifiziert! Die Täter werden selten verfolgt.

Patriarchale Strukturen

In Deutschland, Italien und Frankreich wird ungefähr jeden dritten Tag eine Frau durch ihren Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder oder Sohn getötet; in der Schweiz und in Österreich ca. alle zwei Wochen. In der Türkei sind es 9 Frauen pro Woche! Insgesamt sind es in ganz Europa in den letzten Jahren um die 3000 Frauen, die jährlich aufgrund ihres Geschlechts umgebracht werden. Weltweit werden, laut Schätzungen der Vereinten Nationen, täglich 137 Feminizide verübt. Ein sehr häufiger Grund für Mord an Frauen ist der Besitzanspruch eines Mannes auf eine Frau und der mit einer Trennung einhergehende Kontrollverlust. Gewalt beginnt nicht erst mit Schlägen. Auch Bedrohungen, Beschimpfungen, Belästigungen und Kontrolle durch den Partner oder die Partnerin sind Formen von Gewalt. Sie kann Menschen aller sozialen Schichten und jeden Alters treffen: zu Hause, in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz oder online.

In Deutschland z.B. wird jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von physischer und/oder sexualisierter Gewalt, meistens durch ihren aktuellen oder durch ihren früheren Partner. Mädchen und Frauen mit Behinderung erleben zwei bis dreimal

häufiger Gewalt als der Bevölkerungsdurchschnitt. Diese Statistiken sind erschreckend und revoltierend. In allen Ländern gehen die Frauen, und nicht nur sie, auf die Strasse, um gegen diese himmelschreiende Brutalität zu protestieren, um für ihre Würde und Freiheit zu kämpfen. In vielen Ländern wurden in den letzten Jahren Initiativen zu einer annähernden Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen ergriffen. Dennoch sind hierar-

chische Strukturen weiterhin tief in unserer Gesellschaft verankert. Häusliche Gewalt gegen Frauen, sexistische Unterdrückung am Arbeitsplatz, psychische und physische sexualisierte Gewalt, Feminizide – all das kann nur effizient bekämpft werden, wenn wir die patriarchalischen Strukturen in uns und um uns abbauen und auflösen. Seien wir mutig, so wie tausende Frauen, die in Istanbul – trotz Verbot – am 8. März, dem Weltfrauentag, für

ihre Rechte und gegen Gewalt demonstriert haben: «Wir schweigen nicht, wir fürchten uns nicht, wir gehorchen nicht!»

Constanze Warta

1. Seit 2019 finden in der ganzen Schweiz jeweils am 14. Juni, in Anlehnung an den Frauenstreik im Jahr 1991, Protest- und Streikaktionen für die Rechte der Frauen statt, an denen sich Hunderttausende Frauen beteiligen. Die Frauenstreiks machen auf systemische und strukturelle Probleme aufmerksam und fordern die Beseitigung von Defiziten in der Gleichstellung ein.

LAUTSPRECHER

Der Prozess gegen Pinar Selek

In den letzten Wochen haben sich Hunderte von Menschen und Institutionen in Frankreich, der Schweiz und anderen europäischen Ländern mobilisiert, um ihre Unterstützung für die türkische Soziologin, Schriftstellerin und Aktivistin Pinar Selek, die in Frankreich im Exil lebt, auf vielfältige Weise auszudrücken – ausgelöst durch ein skandalöses Urteil des Obersten Gerichtshofes der Türkei.

Am 6. März 2023 änderte der Campus des Nationalen Hochschulinstituts für Lehrkräfte und Bildungsinstitut der Universität von Nizza seinen Namen in «Campus Pinar Selek». Dem vorausgegangen war eine Postkartenkampagne der Studierenden, die, um ihre Professorin zu unterstützen, Protestpostkarten angefertigt und diese an die türkische Botschaft geschickt hatten. Die «solidarischen Buchhandlungen» in Frankreich haben mit einem gemeinsamen Pressecommuniqué auf die Situation Pinars Seleks aufmerksam gemacht. Die ehemalige Bürgermeisterin von Marseille, Michèle Rubirola, hat Pinar Selek am 10. März öffentlich empfangen und ihr die Unterstützung der Stadt Marseille sowie ihre Teilnahme als Vertreterin Marseilles an dem Prozess gegen Selek in Istanbul zugesichert. Etwa 100 Prominente, Politiker:innen, Akademiker:innen, Anwältinnen und Anwälte sowie Aktivist:innen und Vertreter:innen von Menschenrechtsorganisationen aus ganz

Europa und der Schweiz reisten für den 31. März 2023 in die Türkei, um Pinar Selek in dem Prozess zu unterstützen, der ihr seit über zwei Jahrzehnten gemacht wird. Im Auftrag von mehr als 20 lokalen Unterstützungskollektiven, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen nahmen diese Menschen an der internationalen Delegation zur Prozessbeobachtung teil.

International gesucht

Dabei geht es um eine neue Anhörung im Prozess gegen Pinar Selek, der im Jahr 1998 gegen sie eingeleitet wurde, als sie sich weigerte, die Namen der Kurdinnen und Kurden zu nennen, die sie für ihre soziologische Forschung interviewt hatte. Der damalige Vorwand, um sie zu verhaften: Sie hätte ein Bombenattentat auf den Gewürzmarkt von Istanbul verübt. Nach zweieinhalb Jahren Haft, vier Freisprüchen und einem 25 Jahre dauernden Verfahren kam es am Anfang die-

ses Jahres, am 6. Januar 2023, zu einem neuen Urteil. Das Istanbuler Schwurgericht teilte die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs mit: Pinar Selek droht wegen dem bereits oben erwähnten, angeblichen Bombenattentat erneut lebenslange Haft. Vorläufig wurde ein internationaler Haftbefehl gegen sie erlassen und eine erneute Anhörung vordem Strafgericht in Istanbul am 31. März 2023 vereinbart. Selbstverständlich kann sie selber bei dieser Anhörung nicht anwesend sein; mit einer Reise in ihr Heimatland würde sie ihr Leben riskieren. Sie hat jedoch einige ausgezeichnete Anwältinnen und Anwälte, die sich seit 25 Jahren für einen Freispruch engagieren.

Ziel der Beobachtungsdelegation ist es, die internationale Wachsamkeit und die Forderung nach Gerechtigkeit und Wahrheit für Pinar Selek zum Ausdruck zu bringen. Die Delegationsmitglieder, darunter auch zwei Delegierte vom Europäischen BürgerInnen Forum, werden direkt hören können, was der Gerichtshof sagt. Seit Beginn dieses Prozesses hat ein Gutachten nach dem anderen den Unfallcharakter der Explosion auf dem Gewürzmarkt nachgewiesen und Pinar Selek wurde in allen bisherigen Anhörungen und bei allen vorangegangenen Gerichtsverfahren freigesprochen. Die einzige Wahrheit ist also: Pinar Selek ist unschuldig. Sie muss endgültig freigesprochen werden. Ihr Kampf für Gerechtigkeit betrifft nicht nur sie selbst, sondern auch alle anderen Menschen, die für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen. Im Moment hoffen wir, dass die grosse internationale Präsenz und Solidarität die auch so unparteiische und unabhängige türkische Justiz beeindruckt und Pinar endlich definitiv freigesprochen wird.

Constanze Warta

Letzte Meldung aus Istanbul

Sorge, aber auch Hoffnung nach der Anhörung am 31. März in Istanbul. Hier ein Auszug von der Medienmitteilung der Koordination der Solidaritätskollektive mit Pinar Selek vom selben Tag:

Bei der Anhörung am 31. März 2023 entschied die 15. Kammer des Schwurgerichts in Istanbul, dass die Verhandlung auf den 29. September 2023 vertagt wird. Leider bestätigte es den Haftbefehl gegen Pinar Selek. (...) Ihr droht weiterhin eine lebenslange Haftstrafe. (...) Die Koordination der Solidaritätskollektive mit Pinar Selek prangert die Einschüchterung durch eine unverhältnismässige Polizeipräsenz an, welche die internationale Delegation schwer bedrängte und die Durchführung einer Pressekonferenz verhinderte. Dies bedeutet jedoch die Anerkennung unserer Stärke und das Eingeständnis ihrer Schwäche.

Die Koordination, die durch die Teilnahme von zahlreichen gewählten Volksvertreter:innen verstärkt war, fordert die französische Regierung auf, öffentlich ihre volle Unterstützung für Pinar Selek kund zu tun und bekannt zu geben, dass sie deren Auslieferung verweigert und sich verpflichtet, ihren Schutz zu gewährleisten. Sie bekräftigt gegenüber dem Präsidenten der Republik ihre Bitte, bei den türkischen Behörden zu intervenieren. (...) Sie fordert Frankreich auf, sich mit den europäischen Ländern zu koordinieren, um die Anwendung des internationalen Haftbefehls zu unterbinden und so die Bewegungsfreiheit von Pinar Selek zu ermöglichen. (...) Wir werden nicht lockerlassen. Wir wissen, dass die Wahrheit am Ende siegen wird.

Wo ist Lützerath jetzt?

Über einen Ort, der nicht blieb, aber dennoch weiterlebt – und die Klimabewegung umtreibt. «Lützerath bleibt!» – das war der Slogan, der in den letzten zwei Jahren zu einem Kristallisationspunkt der Klimagerechtigkeitsbewegung wurde. Doch Lützerath blieb nicht.

Die Bilder von Polizist-inn-en, die gegen Aktivist-inn-en Gewalt ausübten, Greta Thunberg von der Abbruchkante des Tagebaus Garzweiler II forttragen und die Kohlebagger des Energiekonzerns RWE beschützen, gingen um die Welt. Als auch die letzte Bastion der Verteidigung – ein Tunnel unter dem kleinen Ort, in dem sich die beiden Aktivist-inn-en Pinky und Brain verschanzt hatten – fiel, besiegelte die Abrissbirne das Schicksal, das die Grünen-Politiker-innen Robert Habeck und Mona Neubaur bereits im Oktober mit RWE ausgehandelt hatten: Lützerath muss verschwinden, damit unter ihm die Braunkohle aus dem Boden gebaggert werden kann.

Vielorts wurde danach der freie Fall der Klimabewegung beschworen. Gelähmt, gespalten, erfolg- und orientierungslos würde sie nach Lützerath auf den schlammigen Boden der Tatsachen fallen. (...)

Spricht man jedoch mit Mitgliedern der Klimabewegung wie den Aktiven von Fridays For Future, Ende Gelände¹, der Letzten Generation², den Scientists for Future³ und der Initiative «Alle Dörfer Bleiben»⁴, so ist der Abriss des Dorfes keine Niederlage, sondern ein Moment der Wiederbelebung. Bestes

Beispiel für diesen Ermächtigungsmoment waren mehr als 35.000 Menschen, die aus ganz Deutschland zu einer Demonstration ins rheinische Kohlerevier angereist waren, um ein Zeichen für den Klimaschutz zu setzen. Diese Solidarisierung innerhalb der Bewegung sowie die Unterstützung von Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus kommentiert das Presseteam von Ende Gelände so: «Wir waren richtig viele. Vor allem waren wir viele, die zivil ungehorsam waren, die organisiert und unorganisiert durch Polizeiketten geflossen sind und die Polizei bis zu ihrem militärischen Festungsring um Lützerath zurückgedrängt haben. Die Menschen waren wütend und entschlossen, und wir haben gemerkt: Gemeinsam haben wir unglaubliche Kraft.»

Neue Solidarität

Und diese Kraft strahlt weiter: Zoe Ruge und Sumejja Dizdarević, Pressesprecher-innen der Letzten Generation und der Fridays for Future berichten von unzähligen neuen Aktiven, die seit der Räumung in ihren Gruppen mitarbeiten. Die Klimabewegung ist durch Lützerath nicht nur gewachsen, sie hat auch Solidarität neu gelernt: «Zu

der Letzten Generation gab es vor der Räumung ein distanzierendes Verhältnis von anderen Gruppierungen innerhalb der Bewegung, das sich aber durch ihre Mitarbeit im Bündnis Lützerath aufgeweicht hat: Als die Polizeieinheiten auf dem Weg waren, kurz davor Ende Gelände durch einen Bagger zu räumen, wurden sie von Aktivist-inn-en der Letzten Generation, die sich auf die Zufahrtsstrasse klebten, blockiert», berichtet Christopher Laumanns, Mitbegründer des Bündnisses «Alle Dörfer Bleiben», in dem sich Betroffene aller deutschen Braunkohlereviere zusammengeschlossen haben. Lützerath fungierte als Ort, an dem sich die Aktiven der verschiedenen Gruppierungen persönlich kennenlernten, Vorbehalte abgebaut wurden und man erkannte, dass sich unterschiedliche Taktiken nicht widersprechen müssen, sondern ergänzen können. Und so lebt auch Lützerath weiter – nicht als Ort, sondern als Lehre. Dieser Narrativwechsel vom Erhalt eines realen Dorfes zum Fortbestand einer kollektiven Ermächtigung hat sich in der Klimabewegung bereits seit einigen Monaten vollzogen: «Lützi lebt» löste «Lützi bleibt» ab.

Dass Lützerath weiterlebt, ist jedoch kein Automatismus: Es gilt, die neu gewonnene Stärke und die anfänglichen Solidarisierungserfahrungen auszubauen. Doch mit der Zerstörung eines realen Ortes der Zusammenkunft, der Vernetzung und des Austausches kann dieses Momentum schnell wieder verloren gehen. Denn Lützerath war, um es mit den Worten des Soziologen Erik Olin Wright auszudrücken, eine reale Utopie: Ein Ort, der mit der kapitalistischen Realität brach und es Menschen ermöglichte, alternative Gesellschaftsformen zu praktizieren.

«Das Zusammenleben in Lützerath war darauf fokussiert, nur das zu nehmen, was man braucht, und der Gruppe das zu geben, was man kann», schildert Dizdarević ihre



Erfahrung. Für sie ging es dabei «nicht nur darum, den Privatbesitz abzuschaffen, sondern ohne die Einwirkung äusserer Zwänge, der wir im Kapitalismus ausgesetzt sind, auf sich selbst und seine Mitmenschen zu achten». Gleichzeitig konnte sich Lützerath nur zu einer antikapitalistischen Hochburg entwickeln, weil das Dorf aus Perspektive der Klimagerechtigkeit und der Industriepolitik zu einem relevanten Ort wurde. Hier ging es um Kohleabbau und Klimaschutz, um Enteignung und soziale Gerechtigkeit. Und: Hier wurde die jüngste Geschichte der deutschen Klimabewegung geschrieben: Vor zwölf Jahren habe die Gruppe ausgeco2hlt⁵ den Grundstein mit den ersten Klimacamps im Rheinland gelegt, Ende Gelände habe hier 2015 die erste Aktion zivilen Ungehorsams gestartet, berichtet Laumanns. Unweit des Hambacher Forstes wurde das Dorf nach dem Sieg der Bewegung, die den Erhalt des Waldes sicherte, zum nächsten Kristallisationspunkt im Kampf gegen die Konzerninteressen fossiler Energiekonzerne.

Die Kombination aus einer Dekade Organisation, Klimagerechtigkeit und dem Schutz von Anwohnenden kam in Lützerath auf einzigartige Weise zusammen. Einen neuen Ort mit gleicher Strahlkraft zu finden, könnte schwierig werden. Doch die Klimabewegung scheint nach keinem neuen Ort zu suchen: «In Lützerath ging es darum, den Braunkohletagebau und insbesondere Garzweiler II anzugreifen. Damit machen wir weiter, bis der letzte Kohlebagger stillsteht», heisst es etwa von Ende Gelände. Auch stünden, um die Kohle unter Lützerath endgültig abzubauen zu können, weitere Enteignungen von Landeigentümern und der Abriss von sieben Windrädern an, berichtet Laumanns. «Die Grünen haben jedoch versprochen, dass es

keine weiteren Enteignungen gibt und stehen anderswo für den Ausbau der Erneuerbaren ein – dies gilt es jetzt auch durchzusetzen», so der «Alle Dörfer Bleiben»-Aktivist.

Fridays for Future möchte, dass die Regierung Pläne der Massnahmen vorlegt, die getroffen werden sollen, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten, sollte die Kohle unter Lützerath abgebagert und verfeuert werden. Und sie fordern ein Braunkohlemoratorium, das vor dem Kohleausstieg 2030 kommen soll. Erneuerbare Energien sollen schnellstmöglich ausgebaut werden, um die hochgehaltene Energiesicherheit zu gewährleisten. (...)

Der grüne Lack ist ab

Hier wird jedoch die zweite Herausforderung deutlich, der sich die Klimabewegung nach Lützerath stellen muss: die demokratische Repräsentation. Einerseits berichten alle Gruppierungen von dem Erfolg, in Lützerath die Grünen «demaskiert zu haben» (Zoe Ruge, Letzte Generation), (...) «die neoliberale Fratze der Grünen» für alle sichtbar gemacht zu haben (Sumejja Dizdarević, Fridays for Future) oder den «grünen Lack von Habeck und Co abgekratzt» (Ende Gelände-Presseteam) zu haben. Gleichzeitig verstehen sich alle Gruppierungen als demokratische Akteurinnen und Akteure – die meisten richten ihren Forderungen direkt an die Regierenden und wollen diese in die Pflicht nehmen. Ohne eine Partei, die die Forderungen der Bewegung aufnimmt und in Gesetzestexte umsetzt, kann die Bewegung zwar auf der Strasse wachsen, wird auf politischer Ebene jedoch wenige Erfolge erzielen.

Lützerath habe, so der Tenor aus der Bewegung, auch den letzten Grünen-Anhängerinnen gezeigt, dass die sich selbst als «bewegungsnah» bezeichnende Klimaschutzpartei

diese Rolle nicht erfüllen wird: «Die Grünen sind eine neoliberale Partei, die fossile Standort- und Energiepolitik unterstützt», resümiert Ende Gelände³. Aber auch die Linkspartei habe bisher in Regierungsverantwortung auf Landesebene wie etwa in Brandenburg eher als Bremsklotz in Kohleausstiegsverhandlungen agiert, berichtet Pao-Yu Oei. Er ist Initiator des Offenen Briefes «Ein Moratorium für die Räumung von Lützerath» der Scientists for Future. «Immer wieder wird Klimaschutz gegen die Interessen von Arbeitnehmenden ausgespielt, anstatt darauf hinzuweisen, dass eine sozialgerechte Energiewende Arbeitsplätze und ökologische Lebensgrundlagen retten kann», so Oei. Trotzdem, so ist sich Laumanns sicher, «hat Lützerath dazu beigetragen, dass der Platz links der Grünen grösser geworden ist». Diesen gilt es nun zu besetzen, damit Gewalterfahrung und Wut, die auch bürgerliche Menschen aus Lützerath mitgenommen haben, nicht in Frustration und politische Verdrossenheit umschlagen. (...)

Tatjana Söding, 21. Februar 2023*

*Tatjana Söding forscht mit dem Zetkin Collective über die Zusammenhänge zwischen Ökofaschismus und Kapitalismus und ist in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv. Sie schreibt u. a. für die TAZ, ak – analyse und kritik sowie die Berliner Gazette. Die vollständige Version dieses Artikels ist in ak 690 erschienen.

1. Ende Gelände ist ein breiter Zusammenschluss von Menschen aus den Anti-Atom- und Anti-Kohle-Bewegungen.
2. Die Letzte Generation ist ein Bündnis von Aktivist:innen aus der Umweltschutzbewegung in Deutschland und Österreich.
3. Scientists for Future ist ein unabhängiges und überparteiliches Kollektiv von Wissenschaftlern, Forschern und Akademikern, das die globale Klimabewegung unterstützt.
4. Alle Dörfer Bleiben ist ein deutschlandweites Bündnis, das gegen Zwangsumsiedlung und Klimazerstörung kämpft.
5. Die Gruppe ausgeco2hlt ist Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung und setzt sich für den sofortigen Kohleausstieg ein. Der Fokus ihrer Aktivitäten liegt im rheinischen Kohlerevier.

SCHWEIZ

#StopDublinKroatien

Seit mehreren Monaten versucht eine breite Bewegung von exilierten und solidarischen Menschen Abschiebungen aus der Schweiz nach Kroatien zu verhindern, wo Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Doch die Schweizer Behörden zeigen sich bisher stur.

Bleiberecht-Kollektive sind Gruppen von Aktivist:innen, die exilierte Menschen auf ihrem Weg zur Asylberechtigung oder zur Regularisierung sozial, parajuristisch und politisch begleiten. Im Sommer 2022 stellten wir in der Schweiz einen massiven Anstieg von Dublin-Rückführungsentscheidungen nach Kroatien fest. Das Dublin-Abkommen sieht vor, dass die Zuständigkeit für die Bearbeitung eines Asylantrags bei dem EU-Land liegt, das der Migrant oder die Migrantin auf seiner/ihrer Reise als erstes durchquert.

Die extreme Polizeigewalt gegen Exilierte in Kroatien mit den sogenannten Pushbacks (illegale Rückschiebungen) an der kroatisch-bosnischen bzw. kroatisch-serbischen Grenze sind mittlerweile weitgehend bekannt und dokumentiert. Auf der Grundlage von Berichten von Menschen, die diese Gewalt erlebt haben, wurde in der Schweiz die Kampagne #StopDublinKroatien ins Leben gerufen. Hinter diesem Namen steht ein Netzwerk aus mehreren hundert von Abschiebung bedrohten Menschen und solchen, die sich mit ihnen solidarisieren. Wir treffen uns

fast wöchentlich, online und physisch, um gemeinsam die Ausrichtung der Kampagne zu diskutieren und zu beschliessen. An Arbeit und Aktionen mangelt es nicht: Offene Briefe, Petitionen, Demonstrationen, Mail-Aktionen, um direkt bei den Behörden gegen die Ausschaffungen zu protestieren; Medienarbeit, Information auf den sozialen Netzwerken etc. Mehrere Gruppen schlossen sich ohne Zögern der Kampagne an und unterstützten sie von Anfang an: das Migrant Solidarity Network, die Exilaktion, das Solinetz, das Europäische BürgerInnen Forum und noch andere. Grosse Organisationen, die zu Beginn der Kampagne noch geschwiegen hatten, erhoben schliesslich auch ihre Stimme: Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH und Amnesty International haben die Abschiebungen nach Kroatien unter dem Hashtag #StopDublinCroatia öffentlich kritisiert. Auch die Sozialistische Partei (SP) und die Grünen zeigten ihre Unterstützung, indem sie parlamentarische Vorlagen in den kantonalen Legislativen einreichten oder offene Briefe an die für Asylfragen zuständigen Staatsräte schrieben.

Die Stärke der Solidarität und die Bedeutung des Zusammenstehens und der gegenseitigen Fürsorge, die diese kollektive Kampagne seit mehreren Monaten demonstriert, wird leider nur von der Missachtung der Schweizer Asylbehörden übertroffen. In diesem Zusammenhang müssen wir uns näher mit dem Antwortschreiben der neuen Staatssekretärin für Migration auf die zahlreichen Forderungen der Bewegung beschäftigen.

Zurück zum Täter

Christine Schraner Burgener stellt in ihrem Brief zwar fest, dass dem Staatssekretariat für Migration (SEM) die Praxis der illegalen Pushbacks in Kroatien bekannt sei. Doch diese Tatsache führt nicht etwa zur Erkenntnis, dass deshalb Rückführungen in dieses Land zu hinterfragen wären. Sie argumentiert vielmehr sehr allgemein, es sei von zentraler Bedeutung, dass «Polizei- und Grenzschutzbehörden im Einklang mit geltendem nationalen und internationalen Recht» arbeiten. Das einzige Problem dabei ist, dass dies nachweislich nicht der Fall ist. Hunderte Berichte beweisen, dass die kroatischen Grenzschutz- und Polizeieinheiten mit äusserster Brutalität vorgehen. Und nicht nur das: Sie sperren Menschen auch illegal ein und rauben sie aus. Es ist erwiesen, dass diese Praxis institutionell und politisch abgesegnet ist. Sie wird vom kroatischen Staat also nicht nur geduldet, sondern von ihm ausgeführt. Vor diesem Hintergrund fordern Berichte von Solidarité sans frontières (Sosf), aber auch von der sonst eher zurückhaltenden Schweizerischen Flüchtlingshilfe, dass Rückführungen nach Kroatien sofort gestoppt werden müssen.

Frau Schraner Burgener behauptet weiter, dass die Pushbacks und Dublin-Rückführungen keinen Zusammenhang hätten. Das ist eine zynische und irreführende Aussage.



Das SEM unter der Leitung der Ex-Diplomatin übergibt die Menschen in die Obhut desselben Staates, der für ihre Misshandlung verantwortlich ist. Die Schweiz schickt die Opfer von Gewalt und Folter zurück zum Täter. Die Asylex-Anwältin Lea Hungerbühler sieht in dieser Praxis, laut einem Artikel in der Wochenzeitung WOZ, einen klaren Verstoß gegen das Non-Refoulement-Prinzip – sprich gegen den Grundsatz, dass niemand in ein Land zurückgewiesen werden darf, wo ihm/ihr Folter oder schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Weil ausserdem aussichtslos ist, dass der kroatische Staat die Opfer angemessen entschädigt, verstösst die Schweizer Praxis zudem gegen die Anti-Folterkonvention der UNO. Obwohl sie es besser wissen müsste, behauptet Frau Schraner Burgener, dass Asylsuchende nach ihrer Überstellung nach Zagreb Zugang zu einem «rechtsstaatlichen Asyl- und Wegweisungsverfahren» haben und betont auch die Verantwortung der kroatischen Behörden bei der medizinischen Versorgung. Nach einem Besuch vor Ort hielt Sosf in Bezug auf letzteres fest: «Das Gesundheitssystem und seine Einschränkungen für Exilierte reduzieren deren Chancen auf eine medizinische und psychosoziale Versorgung, die auf die Verletzlichkeit der Geflüchteten zugeschnitten ist, auf nahezu null.»

Vorsätzliches Wegschauen

Weiter verteidigt sich die SEM-Direktorin: «Weder das SEM noch das Bundesverwaltungsgericht [BVGer, die Red.] gehen von systemischen Schwachstellen im kroatischen Asylsystem aus.» Diese Aussage stützt Frau Schraner Burgener auf Informationen von «staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen». Doch wir fragen uns: auf welche genau? Wir wissen: eine dieser Quellen ist das «Center for Peace Studies» (CPS). Sosf führte im Herbst 2022 mit CPS und mit anderen NGOs vor Ort intensive Gespräche.¹ Diese erzählen eine ganz andere Version als diejenige, die das SEM verbreitet. Sie sprechen von systematischer Gewalt und explizit von «systemischen Mängeln» – eben jenen, die das SEM und das BVGer nicht sehen wollen. Sara Kekus von der CPS weist die von Christine Schraner Burgener verbreitete Darstellung gegenüber der WOZ energisch zurück und widerspricht ihr «fundamental». Die Bewertungen des

BVGer, welche die Praxis der Abschiebungen als unproblematisch taxieren, werden auch in einem kürzlich erschienenen Bericht der SFH als unverständlich bezeichnet. Der Verweis der Direktorin auf die Urteile des BVGer sollen ihre brüchige Argumentation stützen. Aber Sosf argumentiert ausführlich gegen diese Gerichtsentscheide: «Wenn ein Staat gewillt ist, Menschen an seinen Aussengrenzen abzuschieben bzw. solche Vorgehensweisen duldet und den Betroffenen die gemäss Flüchtlingskonvention zustehenden Rechte verwehrt, so muss davon ausgegangen werden, dass systemische Mängel im Asylsystem dieses Staates vorliegen, die sich auch auf die Behandlung, Betreuung, Unterbringung der Asylsuchenden auswirken. Nicht umsonst werden genau solche Missstände regelmässig rapportiert. Das BVGer widerspricht mit dieser Einschätzung seiner eigenen Rechtsprechung.»

Das SEM und das BVGer machen es sich mit ihren Ausreden zu einfach und es ist äusserst bedauerlich, dass sie ihrer Argumentation unvermindert weiter folgen – trotz allen Berichten und Interventionen, die beweisen, dass Abschiebungen nach Kroatien nicht verantwortbar sind.

Deshalb kommen wir zum Schluss: Wer wegschaut ist mitschuldig – das SEM und das BVGer verletzen nicht nur internationale Rechtsgrundsätze, sondern werden durch ihre Praxis auch zu Mittätern bei den zahlreichen Verbrechen gegenüber Migrant-innen in Kroatien. Daran ändern auch «diplomatische» Briefe von Christine Schraner Burgener nichts. Entgegen ihrem Schlusssatz in ihrem Schreiben hat die SEM-Direktorin damit nicht zu einem «besseren Verständnis» beigetragen, sondern vielmehr bewiesen, dass es ihr in einer wichtigen Kernkompetenz an Verständnis mangelt: den Grund- und Menschenrechten.

Gegen die vorsätzliche Ignoranz des SEM und seine wahnwitzigen Ausschaffungen (wir haben zwischen Januar und März 2023 mehr als zwanzig gezählt) bleiben wir vereint und entschlossen. Diese Abschiebungen nach Kroatien müssen unbedingt gestoppt werden. Und wir werden so lange weitermachen, bis dies geschieht.

Solidarité sans frontières,
Droit de rester

1. Im November 2022 organisierte das Europäische BürgerInnen Forum eine Delegationsreise nach Bosnien und Kroatien mit Vertreterinnen von verschiedenen Schweizer NGOs, darunter «Solidarité sans frontières».

Briefaktion an Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

Nachdem das Staatssekretariat für Migration (SEM) bisher nicht bereit ist, auf Abschiebungen von Geflüchteten nach Kroatien zu verzichten, bitten wir mit einer Briefaktion die neugewählte Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) und damit Vorgesetzte des SEM, «mehr Menschlichkeit in die Bundespolitik zu bringen» und «von der Abschiebung dieser verletzlichen Menschen* Abstand zu nehmen und eine Aufnahme in der Schweiz ins Auge zu fassen».

Bitte unterschreiben Sie den Brief, der dieser Archipel-Ausgabe in der Schweiz beigelegt ist, und schicken Sie ihn an: Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, Bundeshaus West, 3003 Bern. Bitte kurze Mitteilung an: ch@forumcivique.org. Gerne können Sie auch einen persönlichen Brief formulieren und einschicken.

*Skandalöse Szenen der Ausschaffung einer kurdischen Familie aus der Schweiz nach Kroatien in der Rundschau vom 1.3.2023, ab Min. 33:
<https://www.srf.ch/play/tv/rundschau/video/kampf-um-roten-pass-isd-per-smartphone-schonungslose-polizei-aktion?urn=urn:srf:video:cd4d01e5-129f-41c7-a5e9-4fa6a6637de1>